

Der externe Standpunkt

Wasser, Rohstoffe, Land: Jede Firma erhält ein fixes Ressourcen-Budget

So wie heute Notenbanken die Geldmengen begrenzen, werden wir in Zukunft die Nutzung von natürlichen Ressourcen über fest zugeteilte Kontingente steuern, meint Ion Karagounis

Vor drei Wochen, am 29. Juli, war der Earth-Overshoot-Day. An diesem Tag haben wir Menschen alle Ressourcen aufgebraucht, die uns weltweit für das Jahr 2021 zur Verfügung stehen. Alles, was wir zusätzlich bis zum Ende des Jahres brauchen, fehlt den kommenden Generationen. Seit Jahren nehmen wir diesen Tag mit wachsender Besorgnis oder mit gelassenem Desinteresse zur Kenntnis. Passiert ist wenig.

Doch das wird sich ändern. Die Wissenschaft kann heute immer genauer berechnen, wie lange die Ressourcen für unsere Wirtschaft noch ausreichen werden. So hat ein Forscherteam an der Empa im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Nachhaltige Wirtschaft» eine Methode entwickelt, mit der sich die Reserven wichtiger Metalle abschätzen lassen (Sie sind ernüchternd gering im Vergleich zu dem, was wir bereits genutzt haben).

Andere wissenschaftliche Initiativen versuchen zu ermitteln, wie stark wir lebensnotwendige und nicht ersetzbare Güter nutzen können, ohne unser Überleben zu gefährden - Wasser, Wälder oder Land. Die Wirtschaft zieht mit: Viele grosse Unternehmen wie etwa Denner oder Emmi nutzen diese Resultate, um herauszufinden, wie sie ihre heutigen Geschäftsmodelle an eine Zukunft mit wesentlich weniger Ressourcen anpassen können.

Was heisst das für die Zukunft unserer Wirtschaft? Wir werden private Unternehmen und öffentliche Einrichtungen künftig nicht mehr nur über Finanz- und Personalbudgets steuern, sondern auch über sogenannte Ressourcenbudgets. Diese Budgets legen die absoluten Mengen an natürlichen Ressourcen und Emissionen fest, die eine Firma oder eine Einrichtung brauchen beziehungsweise maximal ausstossen darf. Im Fokus stehen - neben Rohstoffen wie den Metallen - die Nutzung von Land und Wasser oder der schädliche Austrag von Phosphor und Stickstoff.

Pure Planwirtschaft! Ich höre den Vorwurf bereits jetzt. Es wird argumentiert, dass die Marktwirtschaft für dieses Problem eine einfache Lösung bereithalte: die Steuerung über den Preis. Je knapper die Ressource, desto teurer werde sie. Die Konsequenz: Wir verbrauchen weniger, oder wir schauen uns nach einem billigeren Ersatz um.

Bei Umweltressourcen funktioniert das aber häufig nicht oder viel zu spät, und zwar aus folgenden Gründen: Es gibt keinen funktionierenden Markt für knappe öffentliche Güter wie Wälder oder Sand, es handelt sich um eine lebensnotwendige Ressource, die allen Menschen zusteht und für die es keinen Ersatz gibt, wenn sie aufgebraucht ist (zum Beispiel Wasser oder öffentliches Land). Oder die Nutzung einer Ressource hinterlässt irreparable Schäden, bevor sie selbst knapp wird wie bei der Klimaerwärmung als Folge des Verbrennens fossiler Energien.

In diesen Fällen muss die Nutzung präventiv reduziert werden, obwohl der Preis noch

keine Knappheit anzeigt. Genau hier setzen die Ressourcenbudgets an. Die Berechnung, wie hoch die zulässigen Mengen sind, ist das eine. Viel interessanter ist die Frage, wie wir die Einhaltung dieser Budgets sicherstellen. Dazu braucht es Obergrenzen und eine sinnvolle Zuteilung innerhalb dieser Grenzen. Für die konkrete Umsetzung erachte ich drei Voraussetzungen als zentral: Die Systeme müssen demokratisch legitimiert sein, die Grenzen müssen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen festgelegt werden, und die Wirtschaft soll über viel Freiheit verfügen, wie sie die Ressourcen innerhalb der gesetzten Limiten verteilen will, so beispielsweise über den Preis oder über handelbare Ressourcenkontingente.

Es gibt bewährte Systeme, an denen wir uns orientieren können. So verlangt das Forstgesetz bereits seit 1876, dass jede gerodete Fläche andernorts aufgeforstet werden muss. International abgesprochene Fischfangquoten verhindern, dass gewisse Fischarten komplett verschwinden. Und im Weinbau setzt man auf künstliche Mengenbeschränkungen, um die Qualität zu verbessern. Auch der CO₂-Emissionshandel der EU und der Schweiz, das Paradebeispiel für eine marktwirtschaftliche Lösung im Umweltschutz, funktioniert nur, weil es eine - politisch festgelegte - Obergrenze gibt.

Selbst wenn es um Geld geht, kennen wir solche Mechanismen: Mit der Schuldenbremse erschweren wir es dem Bund, dass er mehr ausgibt, als er einnimmt. Und unsere Notenbanken steuern und begrenzen die Geldmenge, die der Wirtschaft zur Verfügung steht. Bei beiden Beispielen wurden die Ziele politisch festgelegt, die Umsetzung hingegen basiert auf Fachexpertise und auf fest definierten Prozessen. Beides sorgt dafür, dass Wirtschaft und Unternehmen stabile Verhältnisse vorfinden. Das ist auch das Ziel von Ressourcenbudgets. Sie werden für zusätzliche Stabilität sorgen, vor allem dort, wo lebensnotwendige und unersetzbare Ressourcen immer knapper werden.

Ion Karagounis



Ion Karagounis, 57, ist beim WWF Schweiz verantwortlich für neue Wirtschaftsmodelle und für Zukunftsfragen. Zudem schreibt er regelmässig zu Umwelt- und Reisetemen. Er hat Naturwissenschaften an der ETH Zürich studiert und sich in Wirtschaftswissenschaften und Journalismus weitergebildet.